

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP**Keine ausreichende Kontrolle beim Bürgergeld?**

Wie die Bild-Zeitung am 29. Oktober 2024 unter der Überschrift „Arbeitsagentur weiß nicht, wem sie Bürgergeld zahlt“ berichtete, bewilligen Jobcenter in vielen Fällen Bürgergeld, ohne die Identität der Empfänger geprüft zu haben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Gehört das Jobcenter Bremen zu den 17 Jobcentern, die laut Bericht von der Internen Revision der Bundesagentur für Arbeit überprüft wurden?
2. Wenn ja, wie groß war der Anteil der Bürgergeldempfänger, an die Bürgergeld ausgezahlt wurde, ohne zu wissen, ob es sich um die richtige Person handelt beziehungsweise ob die Person überhaupt existiert?
3. Wenn nein, ist trotzdem für das Jobcenter Bremen bekannt, an wie viele Bürgergeldempfänger Bürgergeld ausgezahlt wurde, ohne zu wissen, ob es sich um die richtige Person handelt beziehungsweise ob die Person überhaupt existiert?
4. Falls für das Jobcenter Bremen nicht bekannt sein sollte, an wie viele Bürgergeldempfänger Bürgergeld ausgezahlt wurde, ohne zu wissen, ob es sich um die richtige Person handelt beziehungsweise ob die Person überhaupt existiert, ist geplant diese Daten zu erheben, und wenn nicht, warum nicht?
5. Sofern es zu Auszahlungen an Bürgergeldempfänger gekommen ist, ohne zu wissen, ob es sich um die richtige Person handelt beziehungsweise ob die Person überhaupt existiert, welcher potenzielle finanzielle Schaden ist dadurch entstanden?
6. Welche Maßnahmen werden grundsätzlich ergriffen, um die Identität potenzieller Bürgergeldempfänger zu überprüfen?

7. Ist nach Bekanntwerden des Berichts geplant, die Überprüfungen zu intensivieren?
8. Ist vor dem Hintergrund der Tatsache, dass dem Artikel zufolge häufig auch Vermögenswerte, Unterhaltsverpflichtungen und Versicherungen nicht überprüft oder nicht korrekt einbezogen werden, bekannt, ob in diesem Bereich beim Jobcenter Bremen Nachbesserungsbedarf besteht?
9. Sofern es zu Auszahlungen an Bürgergeldempfängern gekommen ist, ohne Vermögenswerte, Unterhaltsverpflichtungen und Versicherungen zu überprüfen oder diese korrekt einzubeziehen, welcher potenzielle finanzielle Schaden ist dadurch entstanden?

Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP